

Gemeinsamer Antrag
der Fraktionen von SPD, CDU und FDP im Rat der Landeshauptstadt Hannover

09.08.2024

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen, Rechnungsprüfung,
Feuerwehr und öffentliche Ordnung
In den Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation
In den Jugendhilfeausschuss
In den Kulturausschuss
In den Personal-, Organisations- und Digitalisierungsausschuss
In den Sozialausschuss
In den Ausschuss für Sport, Bäder und Eventmanagement
In den Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Grünflächen
In den Betriebsausschuss Stadtentwässerung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An die Stadtbezirksräte 01 – 13 (zur Kenntnis)

A n t r a g

gemäß § 10 der Geschäftsordnung
des Rates der Landeshauptstadt Hannover

**Konzept zur nachhaltigen Weiterentwicklung und Stärkung
der Hannoverschen Innenstadt –
Änderung des Handlungsprogramms im Innenstadtkonzept
„Mitte neu denken“**

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert eine nachhaltige Belebung und Stärkung der Innenstadt von Hannover. Beschlossen werden die nachfolgend genannten Maßnahmen 1-85 als neues Konzept für die nachhaltige Weiterentwicklung und Stärkung der Hannoverschen Innenstadt. Die Verwaltung wird beauftragt, die auf dem Innenstadtkonzept „Mitte neu denken“ beruhende Weiterentwicklung der Innenstadt von Hannover bis zum Jahr 2035 anhand dieser Zielvorgaben neu auszurichten. Jegliche Umnutzung des öffentlichen Raumes, insbesondere die in Leitprojekt 4 des Konzeptes von der Verwaltung eingebrachten Vorhaben, werden durch diesen Antrag ersetzt.

I. Wirtschaft:

Kurzfristige Maßnahmen:

1. Mehr Leben auf öffentlichen Plätzen

Um öffentliche Plätze zu beleben, die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu steigern und eine Win-Win-Situation für Kulturschaffende, Gastronomen und Besucher zu

schaffen, initiiert die Stadtverwaltung mehr öffentliche Veranstaltungen und regelmäßige, kulturelle Angebote der Landeshauptstadt Hannover auf den öffentlichen Plätzen der Innenstadt (z.B. auf dem Hanns-Lillje-Platz oder im Maschpark). Die notwendigen Maßnahmen setzt die Stadtverwaltung mit dem vorhandenen Personal und aus dem vorhandenen Veranstaltungsbudget um.

2. Gastronomie schafft Aufenthaltsqualität – Außengastronomie

Die Verwaltung legt dem Rat einen Entwurf zur Überarbeitung der Sondernutzungssatzung der Landeshauptstadt Hannover zur Beschlussfassung vor, der großzügigere Genehmigungsbestimmungen für Freisitzflächen und Außenterrassen enthält. In dieser Neufassung der Sondernutzungssatzung soll die Genehmigung von Außengastronomie grundsätzlich toleranter gehandhabt werden.

3. Nutzungsmix für die City Arbeitsplätze und Wohnraum schaffen

Die Stadtverwaltung ergreift alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Ansiedelung neuer Arbeitsplätze und zur Ermöglichung zusätzlichen Wohnraums in der Innenstadt.

4. Parkgebührenreduzierung zur Stärkung der Wirtschaft

Parkgebühren auf oberirdischen öffentlichen Stellplätzen werden montags bis samstags künftig nur noch bis 18.00 Uhr erhoben, um den Einzelhandel und die Gastronomie in den Abendstunden zu beleben und den Besuch kultureller Veranstaltungen in der Innenstadt zu fördern. Hiervon ausgenommen bleibt der Bereich um den Steintorplatz, in dem schon heute bis Mitternacht Gebühren erhoben werden.

5. Immobilienankauf als letztes Mittel

Die Landeshauptstadt Hannover oder die städtischen Tochterunternehmen, z.B. hanova Gewerbe, prüfen in Extremfällen den Ankauf oder die Anmietung von Immobilien, wenn langfristige Leerstände nicht auf anderem Wege vermieden werden können. Ziel dieser Maßnahmen ist die Weitervermietung oder Veräußerung der Objekte mit einem neuen Nutzungskonzept. Eine potentielle Umwandlung der Immobilien in Wohnraum wird mitberücksichtigt.

6. Keine Subventionierung insolventer Kaufhäuser

Die Landeshauptstadt Hannover lehnt die Subventionierung insolventer oder in wirtschaftlicher Schieflage befindlicher Kaufhäuser ab.

7. Wettbüros eindämmen, Diversität ermöglichen

Die zunehmende Ausbreitung von Vergnügungsstätten, insbesondere von Wettbüros, wird durch Veränderungssperren oder andere Instrumente der Bauleitplanung eingedämmt.

8. Besucherfrequenzmessung schafft Transparenz

Die Stadtverwaltung veranlasst an weiteren Standorten die digitale Messung der Besucherfrequenzen, um dem Rat bei der Planung von neuen Konzepten für die Entwicklung der Innenstadt datenbasierte Entscheidungsvorschläge unterbreiten zu können.

Mittelfristige Maßnahmen:

9. Keine „broken windows“ – Leerständen entgegenwirken

Die Landeshauptstadt fördert lage- und objektbezogene Entwicklungen, die geeignet sind, Leerständen mit interessanten und nachhaltigen Konzepten zu begegnen. Dazu entwickelt sie eine Strategie in Anlehnung an Konzepte der Stadt Hameln und des Landes Nordrhein-Westfalen, bei der eine Anmietung von Leerständen durch die Landeshauptstadt und eine anschließende Untervermietung an Geschäftstreibende be-

rücksichtigt wird. Die Stadtverwaltung prüft zudem, wie hanova Gewerbe und die kommunale Wirtschaftsförderung in die Umsetzung dieser Strategie eingebunden werden können.

10. Zusammenarbeit statt Bürokratie – Innenstadtmanagement

Die Stadtverwaltung richtet in Kooperation mit der City-Gemeinschaft und dem Integrationsmodell aus der Anlage zu Drucksache Nr. 1236/2024 folgend ein Innenstadtmanagement für die Landeshauptstadt Hannover ein. Das Innenstadtmanagement erhält unter anderem die Aufgabe, in Abstimmung mit den Geschäftstreibenden die Einführung eines geschäftsübergreifend gültigen Innenstadtgutscheins voranzutreiben.

11. Zukunft gestalten – Start-Ups und Pop-Up-Konzepte fördern

In Zusammenarbeit mit hannoverimpuls fördert die Landeshauptstadt Start-Ups und Pop-Up-Konzepte niedrigschwellig, indem sie die Einrichtung von Innovationshubs und Co-Working-Spaces in der Innenstadt initiiert. Mit Pop-Up-Stores sollen lokale Unternehmen mit kreativen Ideen unterstützt und in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden. Die dauerhafte Einrichtung eines zentralen City-Treffs mit integriertem Berufsorientierungscafé soll zudem eine Anlaufstelle für alle Generationen, Aufenthaltsmöglichkeiten und ein Angebot an städtischen Dienstleistungen bieten und einen neuen Anziehungspunkt in der City schaffen.

12. Hannover als „best practice“ – aufhof fortführen

Die Stadtverwaltung prüft eine langfristige Fortsetzung des ausgelaufenen „aufhof“-Projekts und hierfür auch den Erwerb der ehemaligen Galeria-Kaufhof-Filiale an der Marktkirche durch die Landeshauptstadt selbst oder durch hanova Gewerbe, sofern sich hierfür kein privater Investor mit einer langfristigen Entwicklungsabsicht finden sollte.

13. City Logistik – regionale Unternehmen fördern

Die Stadtverwaltung treibt in Zusammenarbeit mit den Geschäftstreibenden der Innenstadt und nach Möglichkeit unter Einbindung des Knowhows der hannoverschen Automobilindustrie die Einrichtung einer zentral organisierten City-Logistik voran, um den Fluss von Lieferverkehren effizienter zu gestalten. Hierfür übernimmt die Landeshauptstadt Hannover eine Anschubfinanzierung. Der City-Hub am hanova-Parkhaus Mehlstraße soll dabei als Vorbild für die weitere Entwicklung der City-Logistik von Hannover dienen.

14. Smart Cities – Digitalisierung sichtbar machen

Gemeinsam mit der Hannover Marketing und Tourismus GmbH (HMTG), der City-Gemeinschaft und anderen Akteuren entwickelt die Landeshauptstadt Hannover ein innovatives Konzept für eine bessere Orientierung in der „Erlebnis-Innenstadt“ von Hannover. Dieses Konzept beinhaltet zum einen ein räumliches Informations- und Touristenleitsystem mit Informationstafeln zu relevanten öffentlichen Einrichtungen, Sehenswürdigkeiten, Denkmälern usw. Über eine App werden zudem digitale Informationen zu Veranstaltungen, den ÖPNV und allgemeinen Hinweisen zugänglich gemacht.

15. Hannover digital erlebbar – Augmented Straßenschilder

Das Projekt „Augmented Straßenschilder“ wird in der Innenstadt von Hannover ausgeweitet. Die Stadtverwaltung nutzt die Chancen der Digitalisierung, um weitere Orte in der Innenstadt durch QR-Codes zum Leben zu erwecken.

16. Framing ist alles – Markenname für die Innenstadt

Die Stadtverwaltung erarbeitet Vorschläge, um die Innenstadt von Hannover mit einem Markennamen zu versehen.

Langfristige Maßnahmen:

17. Die City feiert ihre Vorzüge – Innenstadtfestival

Die Stadtverwaltung bemüht sich um die Etablierung eines Festivals, in Kooperation mit den örtlichen Betreibern. Dies soll eine sinnvolle und zentrale Ergänzung des Programms in Hannover werden, um auch jüngeren Hannoveranerinnen und Hannoveranern etwas anbieten zu können.

II. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit:

Kurzfristige Maßnahmen:

18. Ohne Sicherheit keine Aufenthaltsqualität – Ordnungsdienst

Der Ordnungsdienst wird personell kurzfristig auf 75 Stellen aufgestockt; langfristig auf 100 Stellen. Die Präsenz von Ordnungskräften insbesondere in den Abendstunden, sowie in Stadtbahnen und Stationen wird in Absprache mit den zuständigen Stellen deutlich erhöht. Die Kooperation zwischen Ordnungsdienst und Polizei wird weiter ausgebaut. Das Thema Sicherheit und Ordnung bekommt generell einen höheren Stellenwert.

19. Ohne Sauberkeit keine Aufenthaltsqualität

Gemeinsam mit der Polizei, dem Abfallwirtschaftsbetrieb aha und der Stadtgesellschaft (z.B. Sozialverbänden, Kirchen, Geschäftstreibenden, Kulturschaffenden und Wirtschaftsverbänden) erarbeitet die Stadtverwaltung ein Sicherheit- und Sauberheitskonzept für die Innenstadt. In diesem Konzept wird explizit auf die Problemlagen an Kriminalitätsschwerpunkten wie dem Hauptbahnhof oder dem Steintorplatz eingegangen. Die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Akteure sind mit- und gegeneinander abzuwägen und entsprechende Orientierungs- und Unterstützungsangebote zu berücksichtigen. Zuständigkeiten sind so weit wie möglich zu bündeln und Kontaktmöglichkeiten für Fragen der Sicherheit und Sauberkeit niedrigschwellig bereitzustellen. Die Stadtverwaltung erarbeitet Vorschläge, wie Verstöße gerade im Fall unerlaubter Abfallentsorgungen durch den Ordnungsdienst konsequent zu ahnden sind. An den Abgängen zu den Tunnelstationen der Stadtbahn wird zukünftig in Absprache mit der Region Hannover und der Üstra ein urinabweisender Anstrich eingesetzt. Die Stadtverwaltung prüft die Installation von öffentlichen Toilette an zentralen Plätzen der Innenstadt (z.B. Steintorplatz, Kulturdreieck, Opernplatz).

20. Licht schafft Sicherheitsgefühl

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Beleuchtungskonzept für die Innenstadt, um dunkle Ecken besser auszuleuchten und das Sicherheitsempfinden in potentiellen Angsträumen zu stärken. Die Beleuchtung in Stich- und Nebenstraße (z.B. Andreaestraße, Große Packhofstraße, Schillerstraße) und in den Tunneln wird deutlich erhöht. In weniger frequentierten Bereichen prüft die Stadtverwaltung zudem den Einsatz intelligenter, bedarfsorientierter Beleuchtungsmethoden.

21. Mehr Mülleimer und höhere Reinigungsintervalle

An weiteren Standorten in der Innenstadt werden Mülleimer mit einem hohen Fassungsvermögen aufgestellt. Die Leerungs- und Reinigungsintervalle in der Innenstadt werden in Absprache mit dem Abfallentsorger aha ausgeweitet.

22. Präsenz stärkt Sicherheit – Mobile Sicherheitsstationen

In Abstimmung mit der Polizei prüft die Stadtverwaltung die Einrichtung mobiler Sicherheitsstationen an den zentralen Umsteigepunkten der Stadtbahn (Kröpcke, Steintorplatz, Hauptbahnhof, Aegidientorplatz), um das Sicherheitsgefühl und die Polizeipräsenz an Einsatzschwerpunkten zu erhöhen.

23. Blaulichtfamilie nicht ausbremsen

Die Stadtverwaltung achtet darauf, dass die Straßen und Plätze der Innenstadt ungeachtet jedweder Beschlusslagen ständig für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste, sowie für Ver- und Entsorgungsunternehmen durchlässig und erreichbar bleiben. Die Stadtverwaltung verzichtet auf unangekündigte und unzweckmäßige Abpollerungsmaßnahmen.

24. Videoüberwachung öffentlicher Kriminalitätsschwerpunkte

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit den zuständigen Behörden (insbesondere der Polizei) zu prüfen ob neue zusätzlichen Kriminalitätsschwerpunkte existieren und diese die Einrichtung von zusätzlicher Videoüberwachung an diesen Stellen rechtfertigen.

Mittelfristige Maßnahmen:

25. Bürgermeinung zählt – Kritischer Stadtrundgang

Das Ordnungs- und das Baudezernat initiieren gemeinsam mit der Polizei einen regelmäßigen, kritischen Stadtrundgang mit repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, um sich Angsträume aus der Sicht der sich in der Stadt bewegendenden Menschen darstellen und erläutern zu lassen. Im Nachgang sollen dann konkrete, ortsbezogene Lösungen entwickelt und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Bei allen Planungen sind die Interessen aller Altersgruppen sowie die Belange der Barrierefreiheit stets zu berücksichtigen.

III. Stadtentwicklung und Bauen:

Kurzfristige Maßnahmen:

26. Rechtliche Grundlagen für Mischnutzung schaffen

Die Stadtverwaltung nimmt die notwendigen Maßnahmen in der Bauleitplanung vor, um eine flächendeckende Mischnutzung der Innenstadt durch Dienstleistungen, Handel, Handwerk, kulturelle und soziale Angebote, Wissenschaft, Hotels, Gastronomie und Wohnen zu ermöglichen.

27. Individuelle Nutzungskonzepte für öffentliche Plätze

Für alle Plätze und Bereiche der Innenstadt werden in Verlängerung des ausgelaufenen Stadtplatzprogramms individuelle Nutzungskonzepte entwickelt, die anschließend zu einem Gesamtkonzept zur Belebung der Innenstadt zusammengefügt werden sollen.

28. Dachgeschossausbauten ermöglichen

Die Verwaltung wird die sich aus der Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung ergebenden Spielräume unverzüglich nutzen, um im Sinne der Nachverdichtung insbesondere den Dachgeschossausbau in der Innenstadt und damit die Entstehung zusätzlichen Wohnraums voranzutreiben.

29. Chancen nutzen – Kommunales Vorkaufsrecht

Die Verwaltung schlägt dem Rat häufiger vor, vom kommunalen Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB Gebrauch zu machen, um zum Verkauf stehende Immobilien in der Innenstadt von Hannover anzukaufen.

30. Mischnutzung vorantreiben

In der Innenstadt werden Immobilien mit einem ausgewogenen Nutzungsmix (Dienstleistungen, Handel, Gastronomie, soziale und kulturelle Angebote, Sport, Wissenschaft, Wohnen usw.) priorisiert entwickelt, in denen ausdrücklich auch Gewerbeflächen für kleine und mittelständische Unternehmen ermöglicht werden.

31. Gelebte Inklusion – Barrierefreiheit in der City

Im öffentlichen Raum werden hinderliche Barrieren und Stufen identifiziert und, wo es möglich ist, beseitigt, um eine Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen. Um die Orientierung von Menschen mit eingeschränkten Sehfähigkeiten zu erhöhen, werden entlang wichtiger Verbindungswege und Straßenquerungen zusätzliche taktile Elemente in den Untergrund eingearbeitet.

32. Dezentralisierung der öffentlichen Suchthilfe

In Zusammenarbeit mit der Polizei werden die Hilfen für alkohol- und drogengebrauchende Menschen dezentralisiert. Die Stadtverwaltung bereitet die Einrichtung eines Crack-Konsumraums vor und erkundet die Innenstadt nach einer zusätzlichen Akzeptanzfläche in fußläufiger Nähe zum Hauptbahnhof und fernab von abschätzigem Publikumsverkehr.

33. Elementarversorgung für Bedürftige sicherstellen

Die Stadtverwaltung weitet ihre Maßnahmen zur Unterstützung von wohnungslosen und drogengebrauchenden Menschen aus, indem sie die Vermittlung von Unterbringungsmöglichkeiten und die Sicherstellung der Elementarversorgung (Essen, Trinken, Waschmöglichkeiten für Körper und Kleidung, medizinische Versorgung, Beratungsdienstleistungen) proaktiv fördert. In Zusammenarbeit zum Beispiel mit hanova Wohnen werden Housing-First-Ansätze etabliert.

34. Mehr Sicherheit und Stadtgrün – Radweg Georgstraße

Der durch die Umgestaltung des Steintorplatzes obsolet gewordene Radweg auf der Georgstraße zwischen Steintorplatz und Kröpcke wird zugunsten der Sicherheit des Fußverkehrs entsiegelt und begrünt.

35. Verkehr und Kultur schließen sich nicht aus – Sophienstraße

Die Sophienstraße bleibt auch im Abschnitt zwischen Landschaftstraße und Prinzenstraße für den Verkehr geöffnet. Die bisherigen Pläne sind dahingehend zu überarbeiten. An den Einmündungen beider Straßen werden absenkbare Poller in die Sophienstraße eingelassen, um bis zu einmal im Monat im Straßenraum stattfindende Veranstaltungen des Künstlerhauses zu ermöglichen.

36. Die große Bühne für die Kunst – Prinzenstraße

Die Prinzenstraße wird wie vorgesehen zur Fußgängerzone und begrünt. Im Bereich vor dem Schauspielhaus soll stärker als bisher auf Begrünung und eine höhere Aufenthaltsqualität insbesondere für junge Menschen Wert gelegt werden. Die Verwaltung installiert zudem eine wetter- und witterungsbeständige Klanginstallation unter dem Schlagwort „Akustische Weltreise“.

37. Parkraum und Stadtgrün werten die Karmarschstraße auf

Die Karmarschstraße wird im Bereich vor der Markthalle auf eine Pkw-Fahrspur je Fahrtrichtung reduziert. Der freiwerdende Straßenraum wird für Stellflächen in Form von schräg angeordneten Parktaschen genutzt. Es wird also zusätzlicher Parkraum geschaffen und gleichzeitig mehr Stadtgrün implementiert, denn nach jedem dritten Stellplatz soll Stadtgrün in der Breite eines Stellplatzes geschaffen werden.

38. Familien brauchen Raum – Abenteuerspielplatz Georgsplatz

Um die Innenstadt zu einem echten Erlebnisraum für Familien aufzuwerten, entsteht im Bereich des Georgsplatzes gegenüber der Bundesbank ein öffentlicher Abenteuerspielplatz. Das Gelände wird durch eine umfangreiche Begrünung verschattet und mit zahlreichen Sitz- und Rastmöglichkeiten ausgestattet, die allen Generationen einen Aufenthaltswert bieten.

Mittelfristige Maßnahmen:

39. Ein Juwel der Innenstadt zum Strahlen bringen – Opernplatz

In Zusammenarbeit mit der lokalen Gastronomie, der kommunalen Wirtschaftsförderung, kulturellen Einrichtungen, dem Nachrat und weiteren Akteuren wird der Opernplatz ganzjährig zum Erlebnisort mit gastronomischen und kulturellen Angeboten weiterentwickelt. Auf dem Platz entstehen umfangreiche Begrünungen und Sitzgelegenheiten. Hierfür wird die Georgstraße, im Abschnitt zwischen Ständehausstraße und An der Börse zur Fußgängerzone. Die Georgstraße wird neugestaltet, sodass Opernplatz und Georgstraße zusammenwachsen. Der ÖPNV wird zukünftig hinter der Oper über die Straßen An der Börse und Rathenaustraße in Richtung Kröpcke geführt. Zu diesem Zweck erarbeitet die Stadtverwaltung einen Vorschlag für eine Verlegung der bisherigen Bushaltestelle am Kröpcke und für den Abfluss des Busverkehrs aus der Innenstadt. In der zukünftig hinter der Tiefgarage in einer Sackgasse endenden Ständehausstraße bleiben die bestehenden Behindertenparkplätze erhalten.

40. Unsere Partnerstädte sind uns wichtig – Twin-City-Meile

Die Stadtverwaltung entwirft auf der Georgstraße zwischen Ständehausstraße und Georgsplatz eine „Twin-City-Meile“. Über eine Auslobung sollen die Partnerstädte der Landeshauptstadt Hannover wetter- und witterungsbeständige Objekte zur Verfügung stellen, mit denen sie im Zentrum von Hannover repräsentiert werden wollen. Diese Objekte werden durch die Landeshauptstadt platziert und sollen neben der gastronomischen Nutzung des öffentlichen Raums zusätzlich zum Flanieren einladen.

41. Mehr Raum für die Jüngsten – Kinderspielplätze

Auf der freiwerdenden Fläche am Nordende des Köbelinger Markts (vgl. Punkt 48) und auf dem Platz an der Andreaestraße südlich der Schillerstraße entstehen zwei zusätzliche Kinderspielplätze.

42. Neue Ideen braucht der Raschplatz

Die Landeshauptstadt Hannover lobt einen Ideenwettbewerb zur Verbesserung der Gesamtsituation auf den bahnhofsnahen Plätzen (insbesondere dem Raschplatz) aus. Dabei sollen auch die Nutzungspotentiale des „Weißen Gangs“ sowie der anderen, unter dem City-Ring verlaufenden Verbindungstunnel mitgedacht werden.

43. Altstadt verbindet – Burgstraße

Das Straßenniveau der Burgstraße wird auf Bürgersteighöhe angehoben.

44. Entspannen im historischen Zentrum

Der Holzmarkt wird unter Berücksichtigung denkmalschutzrechtlicher Vorgaben teilsiegelt und begrünt.

45. Grenze zwischen City und Altstadt beseitigen – Schmiedestraße

Das Straßenniveau im Bereich des 2. Bauabschnitts der Schmiedestraße zwischen Seilwinderstraße und dem Kreuzungsbereich Karmarschstraße/Marktstraße wird an den Bereich der Plätze im Umfeld der Marktkirche angeglichen. Die Schmiedestraße wird in diesem Bauabschnitt schmaler geplant, um ein Zusammenwachsen der Altstadt mit der zentralen Innenstadt zu ermöglichen. Im Fußgängerbereich der Schmiedestraße werden unter Erhalt der vorhandenen Pkw-Stellplätze an zwei Standorten (Einmündung Grubenstraße, Einmündung Hanns-Lillje-Platz) Klimainseln (vgl. Punkt 75) errichtet. Somit bleibt auch der Bereich des 2. Bauabschnitts der Schmiedestraße für den Pkw-Verkehr dauerhaft befahrbar. Es ist auf mehr Begrünung als im Bereich des 1. Bauabschnitts zu achten.

46. Flaniermeile erweitern – Karmarschstraße

Im Straßenraum der Karmarschstraße werden zwischen dem Platz der Weltausstellung und der Schmiedestraße zwei Klimainseln (vgl. Punkt 75) errichtet. Zu diesem Zweck wird der Bereich Osterstraße/Karmarschstraße zwischen der Windmühlenstraße und der Schmiedestraße zur Fußgängerzone gemacht. Für den Bereich zwischen dem Platz der Weltausstellung und der Windmühlenstraße wird durch zusätzliche Begrünung und dort, wo es möglich ist, durch Entsiegelungen die in diesem Bereich besonders notwendige Anpassung an Starkregenereignisse verbessert. Die bestehenden Behindertenparkplätze zwischen dem Platz der Weltausstellung und der Windmühlenstraße bleiben erhalten. Anlieger und Zulieferverkehre können den Bereich der neuen Fußgängerzone befahren.

Langfristige Maßnahmen:

47. Fehler korrigieren, Lebensqualität schaffen, Verkehr entzerren – Verlegung Stadtbahn-Linie 10

Die Verwaltung prüft in Abstimmung mit der Region Möglichkeiten, ob und wie der Verlauf der Stadtbahn-Linie 10 in der Kurt-Schumacher-Straße unter die Erde verlegt werden kann.

48. Aufenthaltsqualität und Parkflächen sind kein Widerspruch – Köbelinger Markt und „Meile der Demokratie“

Auf dem Köbelinger Markt bleiben ausgehend vom Bereich entlang der Marktstraße 60% der vorhandenen Pkw-Stellplätze dauerhaft erhalten. Gemäß der geltenden Beschlusslage zum Köbelinger Markt wird eine attraktive Fußwegeverbindung zwischen Markthalle und Theodor-Lessing-Platz etabliert. Hierfür entwirft die Verwaltung unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Vereine und Verbände aus Hannover, die sich in besonderer Weise für die Demokratie engagieren, eine „Meile der Demokratie“, die von der Markthalle über den Köbelinger Markt bis zum Theodor-Lessing-Platz führt. Aufenthaltsmöglichkeiten in Form von Sitzgelegenheiten unter den Platanen sind dabei ebenso vorzusehen wie eine Umgestaltung des Theodor-Lessing-Platzes, der als kultureller Hotspot den Kubus und das Zeitzentrum Zivilcourage betonen soll und gleichzeitig der Ort ist, der die Wege zum Alten Rathaus und zum Neuen Rathaus miteinander verbindet.

49. Leinstraße – wichtige Verbindung auch im Hinblick auf ein künftiges Hotel erhalten

Die Leinstraße und die dort vorhandenen Parkmöglichkeiten bleiben in ihrem gegenwärtigen Zustand erhalten.

IV. Mobilität:

Kurzfristige Maßnahmen:

50. Mehr Beachtung für die Schwächsten – höchste Priorität für den Fußverkehr

Der Fußverkehr genießt als Basismobilitätsart oberste Priorität vor allen anderen Verkehrsarten. In der Innenstadt wird zukünftig auf die strikte Trennung von Fuß- und Radverkehrsräumen und –wegen geachtet. Das Befahren der Fußgängerzone mit Rädern und Rollern außerhalb der freigegebenen Zeiten wird vom städtischen Ordnungsdienst konsequent geahndet.

51. Sitz- und Rastmöglichkeiten – man muss sich auch aufhalten können

Die Anzahl der Sitz- und Rastmöglichkeiten (z.B. durch Sitzbänke) in der Innenstadt wird merklich erhöht.

52. Sicherheit für Radfahrer

Die Verwaltung prüft, an welchen Kreuzungsbereichen der Innenstadt die Sicherheit des Radverkehrs durch den Aufbau zusätzlicher Trixi-Spiegel (Einsichtnahme des toten Winkels durch Lastwagen) erhöht werden kann.

53. Leih- und Reparaturstationen für Fahrräder

Das Netz der Leih- und Reparaturstationen für (Lasten-)Räder in der Innenstadt wird ggf. in Kooperation mit externen Partnern verdichtet.

54. Zusätzliche Fahrradbügel

In der gesamten Innenstadt, insbesondere am Rand der Fußgängerzone, werden durch den Aufbau weiterer Fahrradbügel zusätzliche Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen. Die Fahrradbügel sollen an geeigneten Stellen platziert werden, die die charakteristischen Sichtachsen der Einkaufsstraßen in der Innenstadt nicht schneiden oder beeinträchtigen. Für den Aufbau zusätzlicher Fahrradbügel werden keine Pkw-Stellplätze aufgegeben.

55. Verbindliche Regeln für E-Scooter

Die Einführung von verbindlichen Regeln für das Angebot und den Umgang mit E-Scootern in der Sondernutzungssatzung wird weiter vorangetrieben und deren Einhaltung konsequent kontrolliert. Für die Innenstadt werden eine Höchstmenge an angebotenen Fahrzeugen je Anbieter und fest ausgewiesene Abstellzonen definiert. Auf Grundlage der Sondernutzungssatzung werden Gebühren je Fahrzeug von den Anbieterfirmen erhoben. Die Verwaltung tritt in Gespräche mit der ÜSTRA mit dem Ziel, die Mitnahme privater E-Scooter im städtischen ÖPNV wieder zu erlauben.

56. Erreichbarkeit als Zentrum für 1,2 Millionen Menschen – Oberirdisches Parken

Die ca. 4.000 oberirdischen Stellplätze in der Innenstadt von Hannover bleiben in den Bereichen, die nicht gemäß diesem Antrag für eine Erweiterung der Fußgängerzone vorgesehen sind, vollumfänglich erhalten. Die Innenstadt soll auch in Zukunft gut mit dem Auto erreichbar bleiben. In den Wohngebieten innerhalb des City-Rings werden vorzugsweise Anwohnerparkzonen ausgewiesen, deren Erreichbarkeit ebenfalls vollumfänglich gewährleistet bleibt. Das halbseitige Parken auf dem Gehwegrand wird in den Bereichen, in denen es gegenwärtig gestattet ist, beibehalten, sofern auf dem Gehweg noch ausreichend Platz für Rollatoren, Kinderwagen o.ä. verbleibt.

57. Parkerleichterungen für schwerbehinderte Menschen

Die Verwaltung prüft gemeinsam mit dem Land Niedersachsen, ob der orangene Parkausweis (Ausnahmegenehmigung über Parkerleichterungen für besondere Gruppen schwerbehinderter Menschen nach § 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO) eingeführt werden kann, um Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, die über keinen Parkausweis für Behinderte verfügen, Parkerleichterungen zu gewähren.

58. Der Verkehr muss fließen – Leistungsfähigkeit des City-Rings

Die Leistungsfähigkeit des City-Rings bleibt durch Beibehaltung seines gegenwärtigen Ausbauszustands erhalten und wird fortlaufend weiterentwickelt. Hierbei ist auch zur Vermeidung von Emissionen daran zu arbeiten, dass der Verkehrsfluss des motorisierten Verkehrs optimiert wird.

59. Vorrangschaltung des ÖPNV

Die Vorrangschaltung des ÖPNV im Straßenverkehr wird beibehalten.

60. Ausbau der Park+Ride-Stellplätze

Die Stadtverwaltung setzt sich gegenüber der Region Hannover stärker für einen Ausbau der Park+Ride-Stellplätze am Stadtrand von Hannover ein und erörtert gemeinsam

mit der Regionsverwaltung die Möglichkeit zur Einführung eines Kombitickets für die Nutzung von Park+Ride-Anlagen und des ÖPNV.

Mittelfristige Maßnahmen:

61. Digitales Verkehrsmodell – Veränderung braucht valide Daten

Die Stadtverwaltung entwickelt in Kooperation mit externen Partnern ein digitales Verkehrsmodell, mit dem die Verkehrsflüsse in der Innenstadt einschließlich des City-Rings und seiner Anschlussstellen dargestellt und Veränderungen in der Verkehrsplanung und –Steuerung simuliert werden können. Dieses digitale Verkehrsmodell wird den Bürgerinnen und Bürgern als interaktives Tool im Internet zur Verfügung gestellt. Durch Einspeisung von Daten zu Baustellen, Veranstaltungen und Parkraumverfügbarkeiten entsteht ein umfangreiches Echtzeit-Informationsangebot über den Verkehrsfluss in der Landeshauptstadt Hannover.

62. Einheitlichkeit schafft Sicherheit – City-Radring

Der Ausbauzustand des City-Radrings wird durch eine einheitliche Gestaltung und Beleuchtung verbessert. Die Streckenführungen der Velorouten werden im Innenstadtbereich so ergänzt, dass sie an den City-Rad-Ring anknüpfen.

63. Gegen „Huckelpisten“ – Radwegenetz

Die Sanierung des Radwegenetzes in der Innenstadt wird auch abseits der Velorouten vorangetrieben.

64. Stellflächen für das Zweirad – Fahrradparkhäuser

Die Stadtverwaltung prüft, an welchen Stellen in der Innenstadt die Errichtung digitaler, automatisierter Fahrradparkhäuser potentiell möglich und anhand der üblichen Radverkehrsflüsse sinnvoll ist.

65. Teilen kann helfen – Car-Sharing-Angebote

Die Verwaltung prüft den Car-Sharing-Markt auf weitere Anbieter, die für Hannover interessant sind und an der Seite von Stadtmobil für einen für die Bürgerinnen und Bürger attraktiven Wettbewerb in der Car-Sharing-Branche von Hannover einsteigen können.

66. Zusätzliche Ringbuslinie auf dem City-Ring

Die Verwaltung prüft in Gesprächen mit der Region Hannover und der ÜSTRA die Einrichtung einer zusätzlichen Ringbuslinie auf dem City-Ring. In Zusammenarbeit mit der lokalen Automobilindustrie prüft die Verwaltung im Rahmen eines Modellprojekts die Eignung dieser potentiellen Ringbuslinie auf einen autonomen Fahrtbetrieb.

67. Ausdehnung des Kurzstreckentickets oder kostenloser ÖPNV innerhalb des City-Rings

Die Stadtverwaltung prüft in Absprache mit der Region Hannover und der ÜSTRA die grundsätzliche Realisierbarkeit und die Wirtschaftlichkeit einer Ausdehnung des Kurzstreckentickets im Stadtbahnverkehr auf fünf Stationen und einen grundsätzlich kostenlosen ÖPNV innerhalb des City-Rings durch Etablierung einer neuen Tarifzone.

68. Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge wird auf Grundlage der bisherigen Beschlusslage des Rates weiter vorangetrieben mit dem Zwischenziel, bis Ende 2026 an jedem zehnten öffentlichen Stellplatz in der Innenstadt von Hannover Lademöglichkeiten vorzuhalten. Dabei sind innovative und praxistauglichen Ansätze wie etwa die Installation von Ladebordsteinen zu berücksichtigen.

69. Erneuerung des Parkleitsystems – teure Ressourcen nutzen

Nachdem die Stadtverwaltung die bereits vom Rat beschlossene, neue Strategie für den Einsatz des Verkehrsleitrechners vorgestellt und umgesetzt hat, wird ein neues und digitales Parkleitsystem installiert. Dieses neue Parkleitsystem erfasst Parkraumverfügbarkeiten in der gesamten Innenstadt durch Sensortechnik und trägt damit zu einem fließenden Parksuchverkehr bei.

70. Querungen über den City-Ring

Querungen über den City-Ring sollen für den Fuß- und Radverkehr sicher gestaltet werden. Wenn an einzelnen Stellen zusätzliche Querungen erforderlich werden, sind diese an das Verkehrsmanagementsystem der Landeshauptstadt (Verkehrsrechner) anzuschließen. Neue Querungen sollen den Verkehrsfluss auf dem City-Ring so wenig wie möglich beeinträchtigen.

Langfristige Maßnahmen:

71. Vorhandenes Know-how nutzen – Autonomer ÖPNV

Die Verwaltung prüft die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit privaten Nahverkehrsträgern wie zum Beispiel Moia, um Hannover bei der Etablierung von voll- und teilautonomen Personenfahrten voranzubringen. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen tritt die Stadtverwaltung auch in Gespräche mit der Region Hannover und der ÜSTRA. Zudem setzt sie sich für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge auf Park+Ride-Anlagen ein.

72. Ausbau der hanova-Parkhäuser zu Mobility Hubs

Die Parkhäuser von hanova Gewerbe werden langfristig zu innovativen Mobility Hubs weiterentwickelt, in denen die Verfügbarkeiten und Versorgungsmöglichkeiten von verschiedenen Mobilitätsträgern zusammenlaufen. Das schließt neben Stellplätzen für Pkws und Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge (E-Auto, E-Bike, E-Scooter) auch Leihstationen für (Lasten-)Räder und E-Scooter, Reparaturstationen usw. ein.

73. Unterirdisches Parken – Parkhaus unter dem Leibnizufer

Die Verwaltung prüft in Zusammenarbeit mit hanova Gewerbe und unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Planungen für die Zukunft der Leine und des Leibnizufers die Möglichkeit zur Errichtung eines neuen Parkhauses unter dem City-Ring entlang des Leibnizufers. Hierbei ist auch zu prüfen, ob Fördermittel eingeworben werden können, um dieses unterirdische Parkhaus im Krisenfall als Zivilschutzeinrichtung nutzen zu können.

74. Modernisierung der ÜSTRA-Tunnelstationen

Die Verwaltung prüft in Rücksprache mit der Region Hannover und der ÜSTRA, wie die innerstädtischen Tunnelstationen der Stadtbahn einer intensiven Modernisierungskampagne unterzogen werden können, bei der insbesondere auf ein beständigeres Funktionieren der Fahrstühle und Rolltreppen, der Informationsanzeigen und Fahrscheinautomaten sowie eine Steigerung des Sicherheitsgefühls Wert gelegt wird.

V. Klimaschutz:

Kurzfristige Maßnahmen:

75. Entsiegelungen und Begrünungen in der Fußgängerzone

In der Fußgängerzone werden punktuelle Entsiegelungen und Begrünungsmaßnahmen vorgenommen, um die Aufenthaltsqualität zu steigern. Dabei kommen ausschließlich klimaresiliente Arten zum Einsatz. Im Austausch mit den Immobilieneigentümern wirkt die Verwaltung auf eine Zunahme der Fassadenbegrünung in der Innenstadt hin.

und erarbeitet weitere, innovative Begrünungsansätze. Über die Fußgängerzone verteilt entstehen durch Aufbauten oder Entsiegelungen Klimainseln, die sich durch eine intensive Begrünung und verschattete Sitz- und Rastmöglichkeiten auszeichnen. Weitere Standorte dieser Klimainseln sind in den Antragspunkten 48 und 49 bestimmt. Unter Berücksichtigung der Starkregenkarte werden an kritischen Punkten der Innenstadt im Bereich der Fußgängerzonen gezielte Entsiegelungen zugunsten von begrünten und perspektivisch mit Zisternenlösungen versehenen Versickerungsflächen vorgenommen.

76. Überhitzung entgegenwirken

Um einer Überhitzung versiegelter Fläche entgegenzuwirken, werden auf den Straßen, Wegen und Plätzen der Innenstadt zukünftig nur noch helle Untergrundtöne verwendet.

77. Zusätzliche Trinkwasserbrunnen

Es werden zusätzliche Standorte für Trinkwasserbrunnen in der Innenstadt erarbeitet.

78. Trinkwasserprogramm „Refill“

Die Stadt bewirbt gegenüber den Geschäftstreibenden und Gastronomen der Innenstadt proaktiv das Refill-Programm, das sich für eine Vermeidung von Plastikmüll und das kostenlose Auffüllen von Flaschen mit Leitungswasser in Geschäften, Restaurants, Cafés usw. engagiert.

Langfristige Maßnahmen:

79. Schwammstadt-Prinzip

Dem Schwammstadt-Prinzip folgend wird in der Innenstadt die flächendeckende Etablierung eines nachhaltigen und innovativen Regenwassermanagements mit Zisternenlösungen vorangetrieben und deren Finanzierbarkeit unter Berücksichtigung verfügbarer Förderprogramme geprüft.

VI. Beteiligung:

Bei der Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen sind die Region Hannover und einschlägige Vereine, Verbände und Unternehmen aus der Stadtgesellschaft, hier insbesondere die Sozialverbände, Ärzthäuser, Ärzteverbände, Sozialwirtschaft, die kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen, Krankenkassen, Einrichtungen der Gesundheitsversorgung, Pflegedienste, der Seniorenbeirat, Behindertenverbände, Jugendverbände, Interessenvertretungen und -verbände von Migrantinnen und Migranten, sozial engagierte Vereine und Verbände, die Handwerkskammer, die Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaft, die City-Gemeinschaft, die Unternehmerverbände Niedersachsen, der Arbeitgeberverband Niedersachsen der Handelsverband, die DEHOGA sowie der Gesamtverband Verkehrsbetriebe Niedersachsen zu beteiligen, sobald das Kostenvolumen je Maßnahme die Marke von 500.000 Euro übertrifft. Grundsätzlich sollen die Bezirksräte in eine ständige Kommunikation eingebunden werden.

VII. Finanzierung:

Die beschriebenen Maßnahmen sollen prioritär aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Förderprogramms „Resiliente Innenstädte“ sowie ergänzend aus anderen, geeigneten Förderprogrammen (z. B. „Smart Cities“) finanziert werden. Die Stadtverwaltung bildet die aufzubringenden Eigenanteile sowie die Positionen zu nicht förderfähigen Maßnahmen im Haushalt ab. Im Haushaltsentwurf für die Jahre 2025/2026 sind im Mindesten finanzielle Mittel für die als „kurzfristig“ gekennzeichneten Maßnahmen zu ergänzen. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, ab dem Doppelhaushalt für die Jahre 2025/2026 bis 2035 ein jährliches Sonderbudget für die weitere Entwicklung der Innenstadt und die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen

vorzusehen. Dieses Budget soll sich aus eigenen Mitteln, Fördergeldern und Drittmitteln zusammensetzen. Die Gegenfinanzierung erfolgt zunächst ausdrücklich durch Verzicht auf die Hinterlegung von Haushaltsmitteln für diejenigen Maßnahmen, die auf Grundlage dieses Antrags aus dem Handlungsprogramm des Innenstadtkonzepts „Mitte neu denken“ gestrichen werden.

Die Stadtverwaltung wird zudem beauftragt, in der Stadtgesellschaft für die Einrichtung eines Cityfonds zu werben, in dem öffentliche und private Gelder für die Weiterentwicklung der Innenstadt gebündelt werden. Zur Einrichtung dieses Fonds legt die Verwaltung dem Rat eine eigene Drucksache vor.

Begründung:

Die Innenstadt ist das Aushängeschild der Landeshauptstadt. Nicht nur als Zentrum für die Hannoveranerinnen und Hannoveraner, sondern auch als kultureller und vor allem wirtschaftlicher Dreh- und Angelpunkt für rund 1,2 Millionen Menschen in der Region und Visitenkarte für jede Besucherin und jeden Besucher. Jedes Konzept, das auf die Veränderung der Innenstadt abzielt, muss daher die Bedürfnisse und Erwartungen unterschiedlichster Gruppen und nicht einiger ausgewählter im Blick behalten.

Dass es Veränderungen bedarf, um auf die veränderten Rahmenbedingungen und Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren und die hannoversche Innenstadt gleichzeitig zukunftsfähig und resilient zu machen, ist völlig unstrittig. Diese Zukunftsfähigkeit muss auf einer Vielzahl verschiedener Maßnahmen in ganz unterschiedlichen Bereichen erreicht werden. Eine einseitige Fokussierung auf Verkehrsströme greift zu kurz und geht an den tatsächlichen Bedarfen vorbei. Die Erreichbarkeit unserer Innenstadt für alle Menschen zu gewährleisten, ist ein hohes Gut, weil es den Inklusionsgedanken ernst nimmt. Wichtig ist daher ein ganzheitlicher Ansatz, der – neben zweifellos relevanten Verkehrsfragen – auch die Förderung der Wirtschaft, Fragen von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit, stadtplanerische Aspekte sowie das Zusammenleben und die Chancen der Digitalisierung berücksichtigt. Das will der vorliegende Antrag.

Die Menschen wollen nicht nur frei entscheiden, wie sie nach Hannover gelangen, sie wollen sich auf dem Weg zu und bei uns auch sicher fühlen, ein abwechslungsreiches Angebot vorfinden und sich gerne in Hannover aufhalten. All diesen Teilaspekten widmen wir uns mit unseren Vorschlägen. Ebenso berücksichtigen wir, dass die Umgestaltung der Innenstadt ein sehr langfristiges Projekt ist, dessen Finanzierung gesichert sein muss und das gleichwohl nicht jeden Teilschritt auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt. Wir unterscheiden daher deutlich in kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen. So werden erste Veränderungen auch spürbar und erlebbar.

Bei der Umsetzung wird es ohne die Menschen, denen die Innenstadt letztlich gehört, nicht gehen. Bei allen Einzelthemen ab 500.000 Euro werden wir daher die relevanten Akteurinnen und Akteure vorab einbinden, um einen breiten Konsens zu erzielen. Ein Projekt wie dieses kann man nur mit den Menschen verwirklichen, nicht gegen sie. Hierbei sind auch die Stadtbezirke im Blick zu halten. Maßnahmen in der Innenstadt können als Beispiele, Ideengeber oder Vorbild für die Entwicklungen von Stadtteilen dienen.

Gemeinsam machen wir Hannover fit für die Zukunft!

Lars Kelich
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

Felix Semper
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender
FDP-Fraktion